

## **Presseinformation**

107/2012

Kiel, 23. April 2012

### **Björn Thoroë zum landesweiten Bildungsstreik: „Bildungsblockaden einreißen, auch über den Wahltermin hinaus.“**

Kiel. DIE LINKE solidarisiert sich mit Schülerinnen, Schülern und Studierenden, die am kommenden Donnerstag für ein sozial gerechtes Bildungssystem streiken.

„Wir unterstützen die Forderungen des Bildungsstreiks. Die über Jahre verfehlte Bildungspolitik hat Systemblockaden aufgebaut, die endlich eingerissen werden müssen. Wir nehmen die Vorschläge und Ideen der engagierten Jugendlichen ernst. Unsere Fraktion hat deshalb einen Antrag mit den zentralen Forderungen des Streiks in den Landtag eingebracht, der am Mittwoch diskutiert wird. Für DIE LINKE ist eine gute Bildung zentraler Bestandteil und Voraussetzung für die eigenständige Entwicklung jedes Menschen. In der Debatte um die Streichung von LehrerInnenstellen unterscheiden sich CDU, SPD, FDP und Grüne nur darin, wie viel engagierte Lehrkräfte man den Schulen wegnehmen soll. Für DIE LINKE ist klar: Jede gestrichene Stelle ist eine zu viel. Auch im Hinblick auf das Turboabi müssen endlich die Betroffenen berücksichtigt werden. Die breite Ablehnung von G8 durch Eltern und Lernende muss endlich respektiert werden. DIE LINKE will zurück zu G9.

Ohne Bildung verspielen wir die Zukunft unseres Landes. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir endlich Maßnahmen ergreifen, um der Ausgrenzung zahlreicher Jugendlichen wirksam entgegenzusetzen. In keinem anderen Bundesland sind soziale Kriterien so entscheidend für den Bildungsweg wie in Schleswig-Holstein. Diese Blockaden müssen weg. Das sollten endlich auch die anderen Fraktionen begreifen“, so Björn Thoroë.

Der Antrag im Wortlaut:

Resolution zum landesweiten Bildungstreik - für eine sozial gerechte Bildungspolitik

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Initiative „Bildungsblockaden einreißen“ in ihren Forderungen zur Verbesserung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein.

Eine gute Bildung ist zentraler Bestandteil und Voraussetzung für die eigenständige Entwicklung jedes Menschen. Sie eröffnet Chancen für die kommenden Generationen. Ohne Bildung verspielen wir leichtfertig die Zukunft unseres Landes.

Der Landtag spricht sich dabei insbesondere für folgende Forderungen aus:

- Chancengleichheit statt Perspektivlosigkeit muss in einer Schule für alle durch individuelle Förderung in heterogenen und jahrgangsübergreifenden Lerngruppen gewährleistet werden;
- Bildung muss frei von wirtschaftlichen und sozialen Schranken für alle frei zugänglich sein. Dazu zählt auch eine umfassende Lernmittelfreiheit und eine freie SchülerInnenbeförderung;
- Schule ist als Lern- und Lebensraum durch ein umfassendes und breitgefächertes Ganztagsangebot, kostenfreie und gesunde Verpflegung sowie umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten zu gestalten;
- Der Investitionsstau bei den Schulen ist aufzuheben. Die Sanierung der maroden Schulgebäude ist Aufgabe der öffentlichen Hand und muss deshalb ohne Public Private Partnership realisiert werden. Ausreichende Mittel sind zur Verfügung zu stellen;
- Schule muss allen die Möglichkeit geben, sich entsprechend der eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Jeder Schülerin und jedem Schüler muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen. Das neunjährige Abitur muss dafür die Grundlage bilden, Schülerinnen und Schülern müssen mehr Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe bereitgestellt werden. Die Profiloberstufe lässt dies nicht zu;
- Gute Lernbedingungen erfordern kleinere Klassen und ausreichend pädagogisches Personal;
- Die Einführung von differenzierten Lernberichten wird begrüßt. Sie beinhalten den individuellen Wissensstand der Lernenden. Sie beschreiben Lernziele ohne Angst und Schrecken

und fördern den Spaß und die Neugier am Lernen ohne eine disziplinierende, undifferenzierte Bewertung nach Ziffern von eins bis sechs;

- Schulen sind zivile öffentliche Einrichtungen und müssen deshalb ohne den Einfluss von Unternehmen und der Bundeswehr auf die Unterrichtsinhalte gestaltet werden;
- Die Hochschulen in Schleswig-Holstein müssen ausfinanziert werden;
- Ein Verbot von Studiengebühren ist im Hochschulgesetz zu verankern;
- Das Studentenwerk muss so finanziert werden, dass es seinen Aufgaben gerecht werden und ausreichend studentischen und finanzierbaren Wohnraum zur Verfügung stellen kann;
- Der Übergang vom Bachelor zum Master ist so zu gestalten, dass alle Studierenden einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz haben;
- Das ECT-System ebenso wie die Akkreditierung durch private Agenturen haben sich nicht bewährt und sind deshalb grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen;
- Die Einrichtung von Teilzeitstudiengängen muss auf den Weg gebracht und entsprechende Änderungen, beispielsweise beim BAföG oder beim Ausbau familienfreundlicher Strukturen, initiiert werden;
- Die studentische Mitbestimmung muss durch die paritätische Besetzung der Hochschulgremien gestärkt werden und die Aufgaben des Universitätsrates vom Akademischen Senat übernommen werden. Einhergehend damit ist den Fachschaftsvertretungen im Hochschulgesetz ein Rechtsstatus als offizielles Gremium einzuräumen.
- Die Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren und beim wissenschaftlichen Personal, ebenso wie in den Auswahlgremien der Schleswig-Holsteinischen Hochschulen auf mindestens 50% müssen unterstützt werden;

Schleswig-Holstein braucht eine angemessene tarifliche Entlohnung des gesamten pädagogischen, wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals in allen Bildungseinrichtungen.